

Leipert, Christian; Hölder, Egon; Härtel, Hans-Hagen; Zimmermann, Horst

Article — Digitized Version

## Sollte der Indikator Bruttosozialprodukt geändert werden?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Leipert, Christian; Hölder, Egon; Härtel, Hans-Hagen; Zimmermann, Horst (1989) : Sollte der Indikator Bruttosozialprodukt geändert werden?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 69, Iss. 10, pp. 483-496

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/136564>

### Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

### Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Sollte der Indikator Bruttosozialprodukt geändert werden?

*In jüngster Zeit wird die Aussagefähigkeit des Bruttosozialprodukts als Wachstums- und Wohlstandsmaßstab zunehmend in Frage gestellt. Sollte der Indikator BSP modifiziert werden?*

---

Christian Leipert

## Bruttosozialprodukt und Wachstumsillusion

---

Das Bruttosozialprodukt (BSP) erfaßt bekanntlich nur die über Märkte laufende Produktion, die zu Marktpreisen verkauft wird, und die staatlichen Leistungen, die zu Herstellungskosten bewertet werden. Damit bleiben all jene ökonomischen Leistungen ausgeschlossen, die außerhalb des Marktes und jenseits staatlicher Organisationen erbracht werden, wie z.B. die Hausarbeit. Gleiches gilt für Kostenfaktoren, die außerhalb des Marktrahmens und jenseits vertraglicher oder staatlich gesetzter Austauschverhältnisse anfallen. Solange für die Inanspruchnahme von produktiven Leistungen nichts bezahlt werden muß, bleiben die damit verbundenen Konsequenzen in der Sozialproduktrechnung unsichtbar. Genau dieses ist bei den ökologischen Kosten wirtschaftlichen Wachstums der Fall.

Produktion und Konsum sind bei dem heutigen Niveau der wirtschaft-

lichen Aktivitäten und unter den heutigen stark umweltbelastenden technologischen Produktionsbedingungen mit einem Grad an Naturnutzung verbunden, deren Effekte von der Natur nicht mehr problemlos „weggesteckt“ werden können. Da das produktive und konsumtive Vermögen der Natur bisher nur unzureichend durch privatrechtliche Verfügungsrechte (Eigentumsverhältnisse) und/oder durch staatliche Nutzungsregelungen geschützt wird, kommt es zu verstärkt ansteigenden Umweltbelastungen und in der Folge zu sich rasch verschlimmernden Umweltschäden.

Produzenten und Konsumenten nutzen die Natur weithin immer noch so verschwenderisch, als ob sie auch heute noch ein freies Gut wäre, obwohl sie tatsächlich in weiten Bereichen – zum Teil schon seit langem – ökologisch knapp geworden ist. Das heißt nichts anderes, als daß für die wirtschaftliche Nut-

zung derartiger Leistungspotentiale der Natur ein Entgelt gezahlt werden müßte wie für jeden anderen ökonomisch knappen Produktionsfaktor (wie Arbeit, Boden und Kapital) auch.

### Ökologische Kosten des Wachstums

Man kann die ökologischen Kosten des Wirtschaftsprozesses auch als qualitative Beeinträchtigung und/oder als absolute Schrumpfung des Naturvermögens interpretieren. Dann wird deutlich, daß die ökologischen Kosten des Wirtschaftswachstums im Abbau einer – der *zentralen*, für menschliches Leben unerläßlichen – gesellschaftlichen Vermögensgröße zum Ausdruck kommen, die weder in der Rechnungslegung der Unternehmen noch in der staatlichen Handeln anleitenden nationalen Buchführung, der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR), aktiviert wird.

Aber das in der Volkswirtschaft wirklich erzielte Wachstum an Wirtschaftserträgen wird in der Wachstumsgröße des BSP nicht nur durch den Tatbestand der ökologischen Kosten des Wirtschaftswachstums verzerrt, sprich: zu hoch ausgewiesen. In die gleiche Richtung der Übererfassung weist eine andere Fehlerquelle: In der Wachstumsgröße sind Kosten enthalten, die im BSP jedoch als solche nicht erkannt, sondern als positive Wirtschaftserträge (fehl-)erfaßt sind. Dabei handelt es sich um wirtschaftliche Aktivitäten zur Wiederherstellung und Erhaltung der Umweltqualität (Umweltschutzkosten) sowie zur Reparatur oder Kompensation von Schäden (Umweltschadenskosten), die zuvor durch negative Folgewirkungen des wirtschaftlichen Wachstumsprozesses verursacht worden sind.

Nehmen wir das Beispiel von Umweltschäden. Durch Luftverunreinigung werden Schäden an Gebäuden, Infrastrukturanlagen und Denkmälern hervorgerufen. Ihre Beseitigung – soweit dies überhaupt möglich ist – erfordert zusätzliche Aufwendungen der betroffenen Eigentümer und des Staates. Mit diesen wird lediglich ein Zustand wiederhergestellt, der vor Eintritt der Umweltbelastungen gegeben war und der ausschließlich durch die schadensverursachenden Auswirkungen der Umweltbelastung beeinträchtigt worden ist.

Die entsprechenden Aufwendungen sind Reproduktionskosten zur Wiederherstellung eines durch Schäden verlorengegangenen Zustands. Sie sind den Abschreibungen auf das zerschlissene Produktivvermögen im Unternehmenssektor vergleichbar. Mit ihnen werden keine neuen Konsumnutzen erzeugt. Ich bezeichne derartige Aufwendungen als defensive oder kompensatorische Ausgaben. Ihr Effekt

ist keine Wohlstandserhöhung, sondern bestenfalls eine Wohlstandserhaltung.

Umweltzerstörung beschleunigt das Wirtschaftswachstum. Zunächst einmal kann die Wachstumsrate des BSP gesteigert werden, indem gravierende ökologische Kosten in Kauf genommen werden und auf Kosten der (Natur-)Substanz gewirtschaftet wird. Die Wachstumsrate des echten Nettosozialprodukts (NSP) wäre gewiß geringer gewesen, wenn zusätzlich zu den

Die Autoren unseres Zeitgesprächs:

*Dr. Christian Leipert, 44, arbeitet im Forschungsschwerpunkt Arbeit – Technik – Umwelt am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).*

*Egon Hölder, 62, ist Präsident des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden.*

*Dr. Hans-Hagen Härtel, 48, leitet die Abteilung Beobachtung und Nutzbarmachung neuer Forschungsmethoden und -bereiche des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.*

*Prof. Dr. Horst Zimmermann, 55, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, an der Philipp-Universität in Marburg, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen und stellvertretender Vorsitzender im Rat von Sachverständigen für Umweltfragen.*

Abschreibungen auf das Produktivvermögen des Unternehmenssektors auch die notwendigen Abschreibungen auf das Naturvermögen vorgenommen worden wären oder wenn von vornherein so naturverträglich und so (natur-)behuhsam gewirtschaftet worden wäre, daß keine oder eine wesentlich geringere Beeinträchtigung des Naturvermögens erfolgt wäre.

Die hohen Wachstumsraten in der Wachstumsära der Bundesrepublik in den 50er, 60er und frühen 70er Jahren sind fraglos durch übermäßige Nutzung und billige Verwendung der Umwelt als Müllkippe mitsubventioniert und damit faktisch überhöht. Ein Indiz hierfür sind die Altlasten, mit denen wir uns heute herumschlagen, deren Grund durch einen völlig unbesorgten Umgang mit für Natur und Mensch äußerst gefährlichen festen und gasförmigen Stoffen gelegt worden ist. Der Mehrkonsum, der damals möglich wurde, muß heute durch Extra-Sanierungsaktivitäten, die zu den laufenden defensiven Maßnahmen hinzutreten, bezahlt werden.

Umweltzerstörung beschleunigt also das (konventionell gemessene) Wirtschaftswachstum. Wurde das NSP in der Ära der mangelnden Besorgtheit um die Natur primär aufgrund der Übernutzung des Naturvermögens zu hoch ausgewiesen, so ist dies im Zeitalter der politischen und gesellschaftlichen Reaktion auf die Umweltkrise zunehmend aufgrund der Durchführung defensiver Aktivitäten des Umweltschutzes, der Schadstoffablagereparatur, der Schadenssanierung und Reparatur der Fall.

#### Anteil der Defensivkosten

Nach meinen Berechnungen stieg in der Bundesrepublik der Anteil der Defensivkosten – bezogen auf das BSP (Basisjahr 1960) – in

der Periode von 1970 bis 1988 von knapp 7% auf 11,6%, d.h. um über 65%<sup>1</sup>. Dieses Ergebnis kann als Indikator dafür interpretiert werden, daß es sich beim Phänomen der defensiven Ausgaben in der Bundesrepublik nicht um eine „quantité négligeable“ im Bereich von 2-3% Anteil am BSP handelt, sondern um ein durchaus schon ernst zu nehmendes Problem. Ende der 80er Jahre (1988) wird also bereits mehr als ein Neuntel der im BSP erfaßten Produktion der Volkswirtschaft (wahrscheinlich eher noch mehr) zur Kompensation von Schäden und Verschlechterungen der Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen eingesetzt, die im Gefolge von Negativeffekten des industriegesellschaftlichen Wirtschaftsprozesses aufgetreten sind.

Tatsächlich überschätzt das Sozialprodukt den wirtschaftlichen Wohlstand der Volkswirtschaft um weit mehr als 11,6%, wenn man bedenkt, daß viele produktionsbedingte Verluste an Natur- und Lebensqualität, die aufgrund der verzögerten Reaktion unserer Wirtschaftsgesellschaft auf ökologische und gesundheitliche Schadensentwicklungen gravierende Größenordnungen erreichen, unrepariert und unkompensiert bleiben und deshalb in der Größe der defensiven Kosten nicht erscheinen.

### Grenzen einer BSP-Bereinigung

Bestehen Möglichkeiten, diese Defensivausgaben bei der Ermittlung des Bruttosozialprodukts zu berücksichtigen? Die Defensivausgaben dürfen vor allem wegen möglicher Mißverständnisse bei interregionalen oder internationalen Sozialprodukts- und Wachstumsvergleichen nicht einfach vom BSP ab-

gezogen werden. Würde die Bundesrepublik damit beginnen, die Defensivkostenbelastung der Gesellschaft zwecks Gewinnung einer substantielleren Größe des wirklich erzeugten Nettoprodukts der Volkswirtschaft vom BSP abzuziehen, sähe sie sich bei internationalen Vergleichen sofort im Hintertreffen gegenüber Ländern, die derartige qualitative Anpassungen nicht vornehmen. Die Produktions- und Wachstumsentwicklung in der Bundesrepublik erschiene erheblich gedämpft.

Eine derartige „Abwertung“ der Bundesrepublik wäre sogar denkbar, wenn sich eine Reihe von Ländern oder gar alle OECD-Länder an einer neuen Konvention des Abzugs der Defensivkosten vom BSP beteiligen würden. Trotz der damit gegebenen Gleichbehandlung aller Länder muß man sich dem weiteren Einwand stellen, daß dann jenes Land schlechter dastünde, das sich in besonderer Weise bei der „Säuberung des Augias-Stalls“ auszeichnete, mit anderen Worten, das sich besonders intensiv kompensatorischen Aktivitäten zur Reduzierung von sonst eintretenden Schäden und Belastungen und zur Sanierung von aus der Vergangenheit aufgelaufenen Schäden widmete. Der „Streber“ in Sachen „kompensatorische Aktivitäten der Gesellschaft“ stünde im internationalen Vergleich schlecht da gegenüber jenen, die wenig oder gar nichts machen.

Auch diesem Einwand kann als solchem nicht widersprochen werden. Er verweist implizit noch einmal auf den Pars-pro-toto-Charakter der Defensivausgaben. Sie sind – in Begriffen einer ökonomischen Erfolgsrechnung – den Ersatzinvestitionen zur Wiederherstellung des im Produktionsprozeß zerschlossenen Produktivkapitals vergleichbar. Man kann aber in einer Welt, in der

Sozialproduktzahlen immer für internationale Vergleiche herangezogen werden, nicht einfach die Ersatzinvestitionen zur Wiederherstellung und zur Erhaltung des Naturvermögens vom BSP abziehen, wenn nicht gleichzeitig der Entwicklung des Naturvermögens explizit Rechnung getragen wird. Bevor in einem international gültigen System der volkswirtschaftlichen Buchführung die Defensivkosten als „Ersatzinvestitionen“ beim Übergang vom BSP zu einer auch ökologisch gehaltvollen Nettoproduktionsgröße vom BSP abgezogen werden, gilt es, das Vermögenskonzept der Sozialproduktrechnung um das Naturvermögen zu erweitern und qualitative Verschlechterungen, Zerstörungen von Ökosystemen sowie den Abbau von Ressourcenbeständen als eine Minderung der „Stocks“ des konsumtiven und produktiven Naturvermögens zu erfassen.

Dies ist für Teilbereiche heute schon möglich. Inwieweit für das gesamte Spektrum des Naturvermögens befriedigende Konventionen entwickelt werden können, ist vorläufig – nicht zuletzt wegen einer sträflichen Vernachlässigung dieses Themas in der ökonomischen Forschung – eine offene Frage. Solange es jedoch nicht möglich ist, die eingetretene Umweltzerstörung und den Abbau von Naturressourcen als *Des*-Investition mit negativem Vorzeichen bei der Ermittlung der Nettoproduktion eines Jahres zu erfassen, darf die Defensivkostenbelastung angesichts dadurch bedingter Verzerrungen internationaler Vergleiche nicht einfach mit den anderen Ersatzinvestitionen vom BSP abgezogen werden.

Notwendig und legitim sind jedoch Analysen und Bewertungen der Entwicklung innerhalb eines Landes. Ob und wie stark und in welchen Bereichen die Defensivko-

<sup>1</sup> C. L e i p e r t: Die heimlichen Kosten des Fortschritts. Wie Umweltzerstörung das Wirtschaftswachstum fördert, Frankfurt/M. 1989 (S. Fischer Verlag), S. 133 ff.

stenbelastung der Gesellschaft in den letzten Jahren gestiegen ist, wie sie sich voraussichtlich in den kommenden Jahren entwickeln wird und wie sie sich als Anteilsentwicklung am BSP darstellt, sind wichtige Informationen für eine an qualitativen Kriterien orientierte Wirtschaftspolitik. Trotz aller Mißdeutungsmöglichkeiten steht heute auf der Tagesordnung der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltforschung die Aufgabe, auch den gegenwärtig rasch wachsenden ökonomischen Preis – zusätzlich zum ökologischen und sozialen Preis – einer Wirtschaftsentwicklung aufzudecken, die weiterhin im Zeichen des heute überlebten wirtschaftspolitischen Paradigmas steht, in dem unter ausschließlicher Beachtung wirtschaftlicher Größen höhere Wachstumsraten des BSP immer einen größeren Erfolg der Wirtschaftspolitik und eine Steigerung des Wohlstands bedeuten.

### Folgerungen für die Wirtschaftspolitik

Durch die Aufdeckung der Defensivkosten wird eine Politik des globalen und möglichst raschen Wirtschaftswachstums diskreditiert. Sie kann unter den heutigen Bedingungen sowohl produktiver als auch destruktiver Potenzen der Technologieentwicklung nicht mehr auf das Apriori der Gleichsetzung von Wirtschaftswachstum mit Wohlfahrtsmehrung setzen. Gefragt ist eine Politik der *differenzierten Entwicklung*, deren Hauptaufgabe die Transformation unserer heutigen umwelt- und ressourcenaufwendigen Produktions- und Konsumstrukturen hin zu einer Produktions- und Konsumweise sein müßte, die an die Ziele der Natur-, Gesundheits- und Sozialverträglichkeit angepaßt ist.

Für die Ziele der Wirtschaftspolitik heißt dies, daß das Ziel des „steti-

gen und angemessenen Wirtschaftswachstums“, so wie es im „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ aus dem Jahre 1967 niedergelegt ist, heute obsolet ist. Ein stetiges Wirtschaftswachstum, das mit wachsender Umweltzerstörung und mit weiter wachsendem Verbrauch erschöpflicher Ressourcen erkaufte wird, kann im Zeitalter der Globalisierung der Öko-Krise kein sinnvolles Ziel der Wirtschaftspolitik mehr sein. Nötig erscheint eine ökologische Qualifizierung des wirtschaftspolitischen Zielkatalogs, die die wirtschaftspolitischen Instanzen dazu verpflichtet, die ökologischen Implikationen aller wirtschaftspolitischen Maßnahmen routinemäßig – einer Umweltverträglichkeitsprüfung vergleichbar – zu überprüfen und diejenigen Optionen auszuwählen, die auch die – zu definierenden und zu operationalisierenden – Ökologieziele erfüllen.

---

Egon Hölder

## Das Bruttosozialprodukt – ein zentraler Maßstab wirtschaftlichen Wachstums

---

**K**ritik an der international üblichen Meßmethode wirtschaftlichen Wachstums anhand des realen Bruttosozialprodukts sowie an den Meßkonzepten und -methoden selbst gibt es fast so lange, wie es Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und Sozialproduktberechnungen gibt. Der größere Teil der Kritik beruht allerdings auf der – bewußten oder unbewußten – Ignoranz dessen, was das Bruttosozial-

produkt als Indikator aussagen kann und will.

Wenn aber – wie leider häufig geschehen – die Aussagekraft des Bruttosozialprodukts an Fragestellungen gemessen wird, für die es nicht geeignet ist, so darf man sich nicht wundern, daß diese Fragestellungen durch das Sozialprodukt und seine Entwicklung nicht hinreichend beantwortet werden. Wenn es um das Erreichen von Höchstgeschwin-

digkeiten geht, ist ein Schwerlastwagen weniger gut geeignet als ein Formel-1-Rennwagen, wenn es dagegen um die wirtschaftliche Beförderung von größeren Gütermengen geht, wird der Schwerlastwagen besser abschneiden als der Rennwagen. So wie es für verschiedene Verkehrs- und Transportfunktionen unterschiedliche Fahrzeugtypen gibt, so ist das Bruttosozialprodukt in seiner Aussagekraft für be-

stimmte Fragestellungen (noch immer) bestens geeignet, für andere hingegen weniger gut oder gar nicht.

Es erscheint mir sehr wichtig, zu einer Versachlichung der Diskussion zu kommen. Hierfür ist Voraussetzung, zunächst einmal die originären Ziele und Konzepte der Sozialproduktsberechnung klarzulegen. Anschließend sollen die Restriktionen, die bei der Interpretation der Ergebnisse der Sozialproduktsberechnungen notwendigerweise beachtet werden müssen, herausgearbeitet werden. Schließlich möchte ich kurz Weiterentwicklungsmöglichkeiten skizzieren.

Das Bruttosozialprodukt ist vor allem anderen die zentrale Kenngröße der Wirtschaftsbeobachtung und -beschreibung. Gemessen werden soll die in einer Volkswirtschaft in einer Periode erbrachte wirtschaftliche Leistung. Die Beobachtung dieser Größe im Zeitablauf gibt einen Eindruck der Schwankungen des Wirtschaftsablaufs. Für die Vergleichbarkeit der Ergebnisse in räumlicher und zeitlicher Sicht sind möglichst einheitliche, international vergleichbare Konzepte, Definitionen, Abgrenzungen usw. von allergrößter Bedeutung.

Das Bruttosozialprodukt wird im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermittelt und dient, wie diese, als statistisches Hilfsmittel vor allem der Konjunktur- und Wachstumspolitik. In weiteren Politikbereichen finden die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zunehmend Verwendung, z. B. in der Strukturpolitik, der Finanzpolitik, der Einkommens- und Sozialpolitik, der Geld-, Kredit- und Zahlungsbilanzpolitik oder auch der Regionalpolitik. Bei all diesen Politikbereichen liefert das Bruttosozialprodukt allerdings nur insofern Informationen, als wirtschaftli-

che Tatbestände und Fragestellungen angesprochen sind.

Da das arbeitsteilige Wirtschaften in dem breiten Spektrum menschlichen Tuns nur ein Aspekt neben vielen anderen ist, kann eigentlich nicht verwundern, daß das Bruttosozialprodukt für die Messung des Wohlstandes (im umfassenden Sinne) oder der Lebensqualität nur mit erheblichen Einschränkungen verwendet werden kann. Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stellen Informationen über die wirtschaftlichen Aspekte der Lebensverhältnisse und -bedingungen zur Verfügung, soweit diese mit monetär meßbaren wirtschaftlichen Vorgängen verbunden sind.

#### Aussagekraft des BSP

Die Aussagekraft des Bruttosozialprodukts als Meßgröße der wirtschaftlichen Leistungen einer Volkswirtschaft hängt entscheidend von der Festlegung der Konzepte und Definitionen ab. Hier sind vor allen Dingen von Bedeutung

- die Bestimmung der Güter, die bei der Berechnung des Sozialprodukts einzubeziehen sind,
- die Abgrenzung zwischen Vorleistungen und letzter Verwendung von Gütern,
- die Bewertung der Güter und
- die statistischen Möglichkeiten zur Berechnung der so definierten Größen.

Zentrales Element der Sozialproduktsberechnungen ist die (grundsätzliche) Begrenzung der Berechnungen und Darstellungen auf Marktvorgänge. In dieser Selbstbescheidung liegen sowohl die entscheidenden Vor- als auch Nachteile des verwendeten Konzepts Bruttosozialprodukt. Der Vorteil der Beschränkung auf Marktvorgänge liegt darin, daß Marktvorgänge rela-

tiv leicht gemessen werden können und darüber hinaus auch eine „objektive Bewertung“ möglich ist. Erfaßt wird grundsätzlich all das, was über den Markt geht. Bewertet wird grundsätzlich zu Marktpreisen. Allerdings ist eine strenge Selbstbeschränkung auf Markttransaktionen alleine auch in den Sozialproduktsberechnungen der Bundesrepublik Deutschland nicht verwirklicht. Die Darstellung geht darüber hinaus, um weitere wesentliche Teile des Wirtschaftsablaufs außerhalb des Marktes, die für die Beobachtung und Analyse des wirtschaftlichen Geschehens von Bedeutung sind, nicht unberücksichtigt zu lassen.

Bei einem Teil der zusätzlich zu den Marktvorgängen einbezogenen Tatbestände geht es darum, ein möglichst vollständiges Bild der Produktion zu geben. So wird z. B. bei den Unternehmen der Eigenverbrauch der Unternehmer (das sind die im eigenen Unternehmen produzierten und im privaten Haushalt des Unternehmers verbrauchten Erzeugnisse) als unterstellter Umsatz einbezogen. Auch die noch nicht verkauften Erzeugnisse aus eigener Produktion und die selbsterstellten Anlagen der Unternehmen sind im Sozialprodukt berücksichtigt.

Um die wirtschaftliche Leistung von Banken und Versicherungen adäquat darstellen zu können, werden bestimmte Unterstellungen zur Messung der Produktion dieser Institutionen gemacht. Ähnliches gilt für die Darstellung der vom Staat und von den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck produzierten Dienstleistungen, die der Allgemeinheit oder bestimmten Gruppen der Bevölkerung ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden; sie werden anhand der Aufwendungen dieser Institutionen berechnet, d. h., die im politischen Prozeß zur Erfüllung der öffentlichen Aufgaben bereitgestellten Mittel

werden ersatzweise zur Bewertung herangezogen.

International ist es auch üblich, grundsätzlich die gesamte – auch nichtmarktbestimmte – Urproduktion (Land- und Forstwirtschaft, Bergbau) in die Produktion der Volkswirtschaft einzubeziehen. Ebenso wird die Erstellung von Bauten, unabhängig davon, ob z. B. Eigenheime im Wege der Selbst- oder Nachbarschaftshilfe durch private Haushalte erstellt werden, in der Produktionsleistung der Volkswirtschaft nachgewiesen. Dasselbe gilt auch für die Nutzung von Eigentümerwohnungen, die im Produktionswert der Volkswirtschaft enthalten ist.

Diese Arrondierung der Darstellung des reinen Marktgeschehens erscheint notwendig und sinnvoll, um die wirtschaftlichen Tätigkeiten der Volkswirtschaft relativ umfassend darstellen zu können. Aber bereits hier wird deutlich, daß das strenge Marktkonzept verlassen wird und dafür eine „weniger objektive Bewertung“ der Vorgänge in Kauf genommen werden muß. Verläßt man den Marktpreis als Bewertungsmaßstab, so ist man sehr schnell in den Bereichen der Messung des Nutzens, für den es bekanntlich bislang kein allgemein anerkanntes einheitliches Meßkonzept gibt. Vor allem aus diesem Grunde sind in der bisherigen Sozialproduktsberechnung eine Reihe von Aktivitäten nicht einbezogen.

#### Nicht einbezogene Aktivitäten

Zu den wichtigsten nicht in die Sozialproduktsberechnung einbezogenen Aktivitäten, die im Hinblick auf die Messung des wirtschaftlichen Wohlstands von großer Bedeutung sind, gehören die folgenden<sup>1</sup>:

<sup>1</sup> Siehe G. Hamel: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und Messung der Lebensqualität, in: Wirtschaft und Statistik, H. 8/1974, Sonderdruck (Beilage).

□ Der größte Teil der Produktions-tätigkeit der privaten Haushalte wie z. B. Zubereiten von Mahlzeiten, das Reinigen der Wohnung, Kleidung usw., das Erziehen der Kinder, das Fahren von Autos, die unentgeltliche Mitarbeit bei karitativen Verbänden usw. Bei interregionalen, aber auch bei intertemporalen Vergleichen muß dieses Nichterfassen der Produktionstätigkeit der privaten Haushalte stets beachtet werden. So kann das Ausmaß der Produktionsleistung privater Haushalte von Land zu Land oder auch in ein und demselben Land im Zeitablauf durchaus unterschiedlich sein, was sich wiederum auf die Entwicklung und Höhe des Sozialprodukts unmittelbar auswirken würde. Zwar dürfte diese Ausklammerung der Produktionstätigkeit der privaten Haushalte für die kurz- und mittelfristige Wirtschaftsbeobachtung weniger stark ins Gewicht fallen – für Wohlstandsmessungen ist die Berücksichtigung der Haushaltsproduktion allerdings von größerer Bedeutung. Sie müßte allerdings nicht von den Kosten ausgehen – was leichter möglich erscheint –, sondern vom Nutzwert der Produktionsleistungen.

□ Das Sozialprodukt erfaßt nicht die sozialen Kosten und Erträge. Unter sozialen Kosten sollen jene Belastungen und Schäden verstanden werden, die direkt oder indirekt mit der Produktion und dem Verbrauch verbunden sind, jedoch beim Verursacher nicht in die Kostenrechnung eingehen und von anderen Wirtschaftseinheiten oder der Gesellschaft getragen werden müssen. Die Schäden können sowohl zu einer Änderung bereits vorhandener Werte (Gesundheit des Menschen, saubere Umwelt usw.) führen, als auch in entgangenem Nutzen (Einkommenseinbußen) bestehen. Erfasst werden nur die Produktionsleistungen zur Beseitigung von

Schäden, nicht dagegen die Kosten für die entstandenen Verluste. Dies gilt übrigens auch für die Beseitigung der Folgen von natürlichen Katastrophen. Den sozialen Kosten müssen die sozialen Erträge gegenübergestellt werden, die der Allgemeinheit durch institutionelle Regelungen in der Wirtschaft und aus der Produktionstätigkeit (gemeint ist im Prinzip die Marktproduktion) zugute kommen (z. B. die Aus- und Weiterbildung, Schaffung kultureller Werte, Erholungseinrichtungen usw.). Die wesentlichen Einschränkungen zur Einbeziehung dieser sozialen Kosten und Erträge in die Sozialproduktsberechnung gehen dahin, daß für einen umfassenden Nachweis von Sozialkosten und -erträgen in einem in Geldeinheiten ausgedrückten Wohlstandsindikator allzu viele subjektive Bewertungen vorgenommen werden müssen.

□ Nicht erfaßt werden im Sozialprodukt ferner die Nutzung sowie die Änderung im Bestand der freien Güter, d.h. aller Werte und Nutzungen, die unentgeltlich verfügbar sind. Hierzu gehören der Bestand an natürlichen Ressourcen (Bodenschätze, reine Luft, Gewässer, Wälder usw.) und immaterielle Werte (z.B. kulturelle Werte) sowie freie Nutzungsmöglichkeiten produzierter Güter wie z.B. der Erholungswert von Stauseen usw. oder nichtproduzierter Güter bzw. Werte (z.B. Landschaften). Der Umfang und die Qualität an freien Gütern werden u.a. durch die Produktion (über externe Effekte), gesetzliche Regelungen und staatliche Maßnahmen beeinflußt. Ursprünglich freie Güter können als Folge der gesellschaftlichen Entwicklung mengen- und qualitätsmäßig zu- oder abnehmen. Ein typisches Beispiel für die Verschiebungen zwischen dem Umfang an freien Gütern und Marktgütern bildet die ständig zu-

nehmende Parkplatznot in den Städten oder der Wandel des Wassers vom freien zum Marktgut.

□ Einflüsse auf die Lebensqualität, die von Veränderungen in der Zeitallokation der Bevölkerung ausgehen, werden in der Sozialproduktentwicklung nicht erfaßt. Hier sind vor allem die Möglichkeit der Freizeitaktivitäten im Gegensatz zu den geleisteten Arbeitszeiten, Arbeitsbedingungen, Arbeitslust und -unlust gegeneinander abzuwägen, aber auch der Zeitaufwand für den Weg zur Arbeitsstätte, für die Aus- und Weiterbildung und für die im Rahmen der Haushaltsführung vollzogenen Tätigkeiten.

□ Das Sozialprodukt als solches gibt auch keinen Aufschluß darüber,

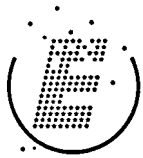
in welchem Maße Verschiebungen in der Einkommens- und Vermögensverteilung zur Steigerung des Wohlstandes beitragen könnten. Hierzu wäre ein Maß erforderlich, das den Einfluß unterschiedlicher Einkommens- und Vermögensverteilungen (z.B. ausgedrückt in Lorenz-Kurven) im Hinblick auf das jeweils angestrebte Ziel der Verteilungsgerechtigkeit zeigt.

□ Schließlich wird von mancher Seite auch die Verwendung der Marktpreise als Maßstab der Leistung angezweifelt; so behaupten manche Autoren, daß der Marktpreis durch „falsche Nutzenvorstellungen“ der Konsumenten (z.B. beim Erwerb von Rauschgift, Alkohol usw.) zu Verzerrungen führt.

Darüber hinaus gibt es weitere Einschränkungen der Aussagekraft des Sozialprodukts, die z.B. auch darauf beruhen, daß das verfügbare statistische Ausgangsmaterial zu einem gewissen Grade lücken- und fehlerhaft ist, was bei der Diskussion über Erweiterungen des Sozialproduktbegriffs leider allzu oft vergessen wird.

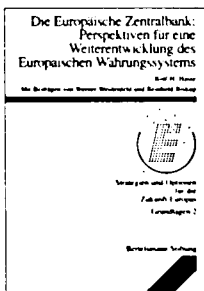
### Entwicklung von Parallelrechnungen

Was soll nun aus den dargelegten Möglichkeiten und Grenzen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gefolgert werden? Zunächst einmal ist festzuhalten, daß sich das Bruttosozialprodukt, so wie es heute berechnet wird, vielfach bewährt hat. Gerade die weitge-



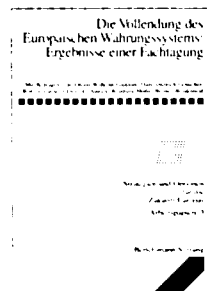
## Strategien und Optionen für die Zukunft Europas

Ein Projekt der Bertelsmann Stiftung in Zusammenarbeit mit der Forschungsgruppe Europa unter der Leitung von Werner Weidenfeld



1989 Verlag Bertelsmann Stiftung  
264 Seiten, Broschur DM 20,-  
ISBN 3-89204-022-2

Die gemeinsame europäische Währung und die Schaffung einer Europäischen Zentralbank sind in das Zentrum der europapolitischen Debatte gerückt. Hauptfrage ist derzeit, ob die ökonomischen Vorteile des europäischen Binnenmarkts ohne eine einheitliche Währung voll zum Tragen kommen können. Mittel- und langfristig geht es jedoch um weit mehr: Die Europäische Zentralbank und die europäische Währung symbolisieren die politische Selbstbehauptung Europas. Die Verfasser dieses Bandes greifen die neuen Entwicklungen um den Delors-Bericht auf und skizzieren rationale Lösungsansätze für die aktuellen währungspolitischen Problemfelder auf europäischer Ebene. Die Fragestellung wird zugespißt auf die Option der Weiterentwicklung des Europäischen Währungssystems (EWS) durch eine Europäische Zentralbank. Zentraler Beitrag ist ein Gutachten des Wirtschaftswissenschaftlers Rolf H. Hasse. Eine englischsprachige Ausgabe ist in Vorbereitung.



September '89

1989 Verlag Bertelsmann Stiftung  
72 Seiten, Broschur DM 12,-  
ISBN 3-89204-024-9

Wer die Handlungsfähigkeit Europas stärken will, der muß die Währungspolitik einbeziehen. Vor diesem europapolitischen Hintergrund veranstaltete die Bertelsmann Stiftung eine Tagung zum Thema »Die Vollendung des Europäischen Währungssystems«. Die Hauptreferate der Konferenz, an der hochrangige Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft teilnahmen, hielten Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen. Der vorliegende Band enthält die Referate und Statements der Tagung und dokumentiert die Diskussion.

Verlag Bertelsmann Stiftung



hende Beschränkung der Darstellung auf Marktvorgänge und monetäre Größen erlaubt es, daß für die gewünschten Ziele erforderliche Maß an Genauigkeit und Nachvollziehbarkeit zu erzielen. Erweiterungen des Sozialproduktskonzepts um nichtmarktbestimmte und damit nur durch grobe Schätzungen hilfsweise zu bewertende Vorgänge würden diese zentrale Funktion des Bruttosozialprodukts in Frage stellen.

Das System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und damit das Bruttosozialprodukt soll daher in seinem Kern wie bisher erhalten bleiben; hierfür sprechen auch internationale Gesichtspunkte wie z.B. die Vergleichbarkeit mit den nach den Konzepten, Definitionen usw. des Systems of National Ac-

counts in anderen Staaten ermittelten Aggregaten. Hierzu zwingt aber auch die zukünftige Verwendung des Bruttosozialprodukts als Bemessungsgrundlage der Beiträge für die Europäischen Gemeinschaften.

Dies bedeutet aber nicht, daß neuen Anforderungen, wie sie sich z.B. durch die Umweltproblematik ergeben haben, nicht Rechnung getragen werden soll. Hierbei kann es jedoch nicht um eine radikale Neuorientierung der Konzepte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, sondern nur um eine ergänzende Darstellung zusätzlicher Untergliederungen und Neuzusammenfassungen von Positionen usw. gehen. Daneben und darüber hinaus ist auch an die Entwicklung von Parallelberechnungen in Anlehnung und auf der Grundlage der

Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu denken, bei denen es darum gehen soll, in stärkerem Maße als bisher Wohlstandsgesichtspunkte zu berücksichtigen. Hier ist insbesondere die Entwicklung eines ökologischen Gesamtsystems zu nennen. Bei diesen Berechnungen geht es hauptsächlich um längerfristige Entwicklungsvergleiche für ausgewählte Problemkreise, so daß jährliche oder sogar kürzerfristige Berechnungen – zumindest in einer ersten Phase – nicht unbedingt erforderlich erscheinen. Insbesondere die Arbeiten an den ökologischen Gesamtrechnungen sind im Statistischen Bundesamt schon recht weit vorangeschritten, so daß es nicht unrealistisch erscheint, in den nächsten Jahren bereits erste Ergebnisse vorstellen zu können.

---

Hans-Hagen Härtel

## Grundlegende Modifizierungen des Sozialprodukts sind nicht notwendig

---

Die Kritik von Ökologen an der Verwendung des Sozialprodukts als Maßstab für das wirtschaftliche Wachstum oder als wirtschaftspolitischen Erfolgsindikator läßt sich auf zwei Punkte zuspitzen. Der erste Einwand lautet, daß die Wachstumsrate des statistisch gemessenen Sozialprodukts nicht voll als Einkommenserhöhung und Verbesserung der Güterversorgung angesehen werden dürfe, weil ein zunehmender Teil nicht für gegenwärtigen oder zukünftigen Konsum zur Verfügung stehe, sondern für die Beseitigung oder Vermeidung von

Umweltschäden aufgewendet werden müsse. Der zweite, weiterreichende, Einwand richtet sich dagegen, einen Anstieg des Realeinkommens und eine Zunahme der Güterversorgung, wie sie ein korrekt gemessener Zuwachs des Sozialprodukts zum Ausdruck bringt, als Verbesserung der Wohlfahrt zu interpretieren, wenn gleichzeitig aufgrund von Umweltschäden die Lebensqualität abnimmt. Während mit dem ersten Einwand die Eignung des statistisch ausgewiesenen Sozialprodukts für die Messung des wirtschaftlichen Wachstums ange-

zweifelt wird, schlägt sich in dem zweiten Einwand die generelle Kritik der Ökologen am Wachstumsziel nieder.

Die Erkenntnis, daß das wirtschaftliche Wachstum durch das statistisch ausgewiesene Sozialprodukt nur näherungsweise abgebildet wird und daß wirtschaftliches Wachstum nicht ohne weiteres mit Wohlstandsmehrung verbunden ist, ist indessen keineswegs neu. Es gab schon in der Vergangenheit immer wieder Wellen von Diskussionen über die Aussagefähigkeit des Sozialprodukts, in denen die Kritiker

nochmals „entdecken“, was die Ökonomen und Statistiker als längst geklärt glaubten abhaken zu können. Gleichwohl werden in solchen Auseinandersetzungen über die Aussagefähigkeit und die wirtschaftspolitische Bedeutung der Sozialproduktentwicklung neben den längst bekannten meist auch neue Gesichtspunkte eingebracht, die den Ökonomen und statistischen Ämtern Anlaß zur Frage geben, ob die ausgewiesenen statistischen Größen dem Informationsbedürfnis noch Rechnung tragen.

Zum Verständnis der komplexen Zusammenhänge, die bei der Beantwortung dieser Frage bedacht werden müssen, ist es ratsam, sich das Sozialprodukt als Gesamtheit von Konsumgütern vorzustellen, und zwar von Gütern für gegenwärtigen Konsum (privater Verbrauch und Staatsverbrauch) und von Gütern für künftigen Konsum (Investitionsgüter und Außenbeitrag). In der wirtschaftspolitischen Diskussion wird eine Zunahme des Sozialprodukts nur dann als „wirtschaftliches Wachstum“ betrachtet, wenn die Realeinkommen und die Mengen der Güter für den gegenwärtigen und künftigen Konsum steigen. Der Maßstab für die Entwicklung der Realeinkommen und der Güterversorgung ist also nicht das nominale, sondern das von Preisniveauänderungen bereinigte reale Sozialprodukt, und zwar nicht das Brutto-sozialprodukt, sondern das um die Abschreibungen auf Produktionsanlagen gekürzte Nettosozialprodukt.

#### **Ungeeignetes Wohlfahrtsmaß**

Der Versuch, dem weiterreichenden Einwand Rechnung zu tragen und das Sozialprodukt so zu modifizieren, daß es zu einem Wohlfahrtsmaß wird, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Das Sozialprodukt kann nicht die Wohlfahrt messen, sondern ist die Wertsumme von

Mitteln, mit denen die Konsumenten ihre Wohlfahrt steigern wollen. Es repräsentiert außerdem nur einen Teil der wohlfahrtsteigernden Mittel, nämlich die von den Bürgern produzierten Güter. Nicht enthalten sind solche Mittel, die nicht produziert werden, z. B. die Natur oder die Freizeit. Nutzen die Bürger einen Teil des Produktivitätsfortschritts nicht zur Verbesserung der Güterversorgung, sondern entsprechend ihrer Freizeitpräferenzen zur Verringerung der Arbeitszeit, so erzielen sie trotz der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums eine gleichbleibende Wohlfahrtsteigerung. Beeinträchtigt die Güterproduktion die Qualität der Umwelt, so steht dem Wohlfahrtsgewinn durch die verbesserte Güterversorgung ein Verlust an Lebensqualität gegenüber.

Ist die Güterproduktion, wie bei der Umwelt, mit negativen externen Effekten verbunden, so sind die Informationen über das Sozialprodukt nicht wertlos und wird die Wachstumsrate des Sozialprodukts als wirtschaftspolitischer Erfolgsindikator keineswegs obsolet. Denn die Gesellschaft verwirklicht solche Bedürfnisse, die nicht durch Konsumgüter befriedigt oder gar durch die Güterproduktion beeinträchtigt werden, dadurch, daß sie sie den Produzenten und Konsumenten als Nebenziele vorgibt. Mit Hilfe von Auflagen, durch Abgaben oder Subventionen oder durch vertragliche Vereinbarungen wird gewährleistet, daß neben dem Wunsch nach einem höheren Einkommen auch der Wunsch nach Freizeit, nach Sicherheit, nach Gesundheit und auch nach guter Umweltqualität in den ökonomischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Eine Volkswirtschaft, die bei gegebenem Umweltstandard und anderen Nebenbedingungen ein höheres Wachstum erzielt als eine andere, ist auch als erfolgreicher zu bezeichnen.

#### **Unzutreffende Kritik**

Der andere Einwand, das statistisch ausgewiesene Sozialprodukt sei um die „defensiven“ Ausgaben zur nachträglichen Beseitigung oder vorsorglichen Vermeidung von Umweltschäden überhöht, ist nur zutreffend, soweit diese Aufwendungen von den statistischen Ämtern als Konsumgüterkäufe der privaten Haushalte oder als vom Staat unentgeltlich bereitgestellte Leistungen behandelt werden. Man darf aber nicht so tun, als würden die amtlichen Statistiker eine höhere Wachstumsrate des Sozialprodukts als bisher ausweisen, wenn die privaten Haushalte zur Beseitigung von Haushaltsmüll die Müllabfuhr stärker beanspruchen oder zum Kurieren von umweltbedingten Krankheiten mehr Leistungen des Gesundheitswesens nachfragen würden. Die Ressourcen, die in der Müllabfuhr oder im Gesundheitswesen zusätzlich eingesetzt werden müssen, stehen nicht mehr zur Produktion anderer Konsumgüter zur Verfügung. Es kommt also nicht zu einer Erhöhung, sondern zu einer Umschichtung des Sozialprodukts. Nur wenn die Gesellschaft bereit ist, für den Umweltschutz mehr zu arbeiten, erhöht sich das Niveau des Sozialprodukts. Die Kritik kann sich also nur dagegen richten, daß sich die Zunahme von Konsumgüterkäufen und Staatsleistungen zur Beseitigung oder Vermeidung von Umweltschäden nicht in einer Verringerung der ausgewiesenen Wachstumsraten niederschlägt.

Diese Kritik ist jedoch unzutreffend, soweit die „defensiven“ Ausgaben – und dies ist beim Umweltschutz der überwiegende Teil – bei den Unternehmen anfallen. Die Unternehmen ersetzen oder reparieren z. B. korrosionsgeschädigte Anlagen, produzieren auf eine teurere, aber umweltschonendere Weise,

weichen auf teurere Standorte aus, halten durch Kläranlagen und Filterschädliche Emissionen zurück und entsorgen die bei ihnen entstehenden Abfälle durch Recycling oder durch Ablagerung auf Deponien.

Die „defensiven“ Ausgaben der Unternehmen schlagen sich nur dann im realen Nettosozialprodukt nieder, wenn die Unternehmen Investitionsgüter (z. B. Müllverbrennungsanlagen, Filter, Kläranlagen) installieren, und dies auch nur insoweit, wie die Neuzugänge die Abschreibungen übersteigen. Man hat jedoch zu berücksichtigen, daß die Umweltschutzanlagen an die Stelle von Produktionsanlagen treten, mit denen in Zukunft Konsumgüter produziert werden könnten, bei denen also den künftigen Abschreibungen eine höhere Produktion gegenüberstehen würde. Bei den Investitionen in Umweltschutzanlagen fällt jedoch dieser Gegenposten der Abschreibungen nicht an. Es kommt also zu einem Rückgang des Wirtschaftswachstums, den die amtliche Statistik korrekt ausweist. Diesen Rückgang könnte die Gesellschaft nur vermeiden, wenn die Umweltschutzinvestitionen nicht zu Lasten der Produktionsanlagen, sondern auf Kosten des Konsums getätigt werden.

Sind die „defensiven“ Ausgaben laufender betriebsinterner Aufwand oder Vorleistungsaufwand, den die Unternehmen in den Preisen weitergeben, so erhöhen sich zwar die nominalen Einkommen und Umsätze, nicht dagegen die Realeinkommen und die Produktion von Gütern für den gegenwärtigen und künftigen Konsum. (Dies wäre nur anders, wenn die statistischen Ämter die Überwälzung nicht als Preissteigerung, sondern – systemwidrig – als Qualitätsverbesserung der Konsumgüter behandeln würden.) Da die für die Beseitigung oder Vermeidung von Umweltschäden benötigten

ten Ressourcen aus der Produktion von Konsumgütern abgezogen werden müssen, verringert sich das reale Sozialprodukt, und dies wird von der amtlichen Statistik auch so ausgewiesen.

### Einseitige Argumentation

Ein häufig vorgebrachter Einwand gegen die konventionelle Berechnung des Sozialprodukts bezieht sich auf die Bestimmung der Abschreibungen, die beim Übergang vom Brutto- zum Nettosozialprodukt abgezogen werden. Es wird argumentiert, daß nicht nur die Abnutzung der Produktionsanlagen, sondern auch der Verbrauch von nicht reproduzierbaren Ressourcen sowie die Schädigung des Produktionsfaktors Umwelt als Vermögensverzehr zu berücksichtigen seien. Dieser Einwand geht indessen über die Konzeption der Sozialproduktrechnung hinaus. Das Sozialprodukt enthält nur die durch Güterproduktion erzielten Einkommen, nicht aber Vermögensänderungen; die Ratio der Absetzung von Abschreibungen auf Produktionsanlagen ist nicht die Berücksichtigung von Vermögensverzehr, sondern die periodengerechte Aufwandsverrechnung der für die Güterproduktion verbrauchten Kapitalgüter.

Der Einwand läßt überdies außer Betracht, daß sich der Verbrauch von natürlichen Ressourcen und die Beeinträchtigung der Qualität der Umwelt als Produktionsfaktor – wie oben gezeigt – früher oder später durchaus als Minderung des Sozialprodukts niederschlägt, nämlich dann, wenn anstelle von verbrauchten Rohstoffen teurere Ersatzstoffe entwickelt oder wiederverwendet werden oder wenn die Unternehmen mit eigenen Ressourcen oder mit Leistungen anderer Unternehmen Umweltschäden beseitigen oder vermeiden. Hätte man in der Vergangenheit den Verbrauch von

Rohstoffen und die Schädigung des Produktionsfaktors Umwelt als Vermögensverzehr abgesetzt, dann müßten heute oder in Zukunft die Erfindung von Ersatzstoffen oder von ressourcensparenden Produktionstechniken sowie die Beseitigung und Vermeidung von Umweltschäden als Vermögensaufbau dem Sozialprodukt wieder zugerechnet werden.

Diese Hinweise belegen zweierlei: Erstens, daß die Kritiker am Sozialprodukt meist einseitig argumentieren, weil sie die positiv zu veranschlagenden Effekte ignorieren. Zweitens, daß die Statistiker aus gutem Grund bei der Bestimmung des Sozialprodukts Änderungen des Umweltvermögens und auch des Humanvermögens außer Betracht lassen. Die Einbeziehung der Vermögensänderungen setzt nicht nur voraus, daß diese quantifiziert werden können; die Vermögensänderungen müßten darüber hinaus danach unterschieden werden können, ob sie endogen durch wirtschaftliche Aktivitäten oder exogen durch natürliche Einflußfaktoren hervorgerufen werden. Daß eine solche Forderung die Grenzen menschlicher Erkenntnis sprengen würde, ist unmittelbar einleuchtend.

### Schwierigkeiten der Quantifizierung

Als abzugsfähige „defensive“ Ausgaben verbleiben somit allenfalls die im privaten Verbrauch oder im Staatsverbrauch erfaßten Leistungen zur Beseitigung oder Vermeidung von Umweltschäden. Es ist jedoch nahezu ausgeschlossen, die „defensiven“ Ausgaben der privaten Haushalte zu quantifizieren. Wie soll man aus den gesamten Gesundheitsaufwendungen jenen Teil ausgliedern, der durch die Behandlung von umweltbedingten Erkrankungen verursacht wird? Was ist, wenn die Gesundheitsaufwendun-

gen nicht steigen, sondern sinken, weil sich durch Umweltschäden die Lebensdauer verringert und deshalb die im hohen Alter progressiv steigenden Gesundheits- und Pflegeleistungen entfallen? Wie wären die Fälle zu behandeln, in denen Umweltschäden nicht durch höhere Aufwendungen, sondern durch Verzicht auf umweltbelastende Ausgaben vermieden werden, z. B. indem die Bürger ihr Auto weniger benutzen oder im Urlaub mehr wandern statt Ski zu fahren?

Damit sollen die Bemühungen, mehr Informationen über die Kosten von Umweltschäden, aber auch über die Wirkungen eines verstärkten Umweltschutzes auf Struktur

und Wachstum zu gewinnen, keineswegs entmutigt werden. Diese Informationen bilden eine Ergänzung der Sozialproduktsangaben. Es besteht jedoch kein Anlaß, das Sozialprodukt grundlegend zu modifizieren. Dies um so weniger, als die bisher vorliegenden Berechnungen über die „defensiven“ Kosten nicht belegen, daß die von der amtlichen Statistik berechneten Wachstumsraten wesentlich überhöht sind<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> H.-H. Härtel: Wachstums- und Struktureffekte des Umweltschutzes, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 68. Jg. (1988), H. 5, S. 245 ff.

<sup>2</sup> C. Leipert: Folgekosten des Wirtschaftsprozesses und volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, IIUG rep 87-22 des Wissenschaftszentrums für Sozialforschung, Berlin 1987, S. 143 ff.

Zwar weist z. B. Leipert in einer 1988 vorgelegten Studie für den Zeitraum zwischen 1970 und 1985 einen Anstieg der „defensiven Ausgaben“ von 5,6% auf 10,0% des BSP aus, doch scheint – abgesehen von den erwähnten theoretischen Einwänden – auch der Autor übersehen zu haben, daß dieser Anstieg großenteils rechnerisch bedingt ist: Im Jahre 1985 werden Posten in die „defensiven“ Ausgaben einbezogen (z. B. die Umweltschutzausgaben des Staates und die Folgekosten von Umweltschäden), für die 1970 gar keine Angaben verfügbar waren und die deshalb in der Vergleichsbasis gar nicht enthalten sind<sup>2</sup>.

Horst Zimmermann

## Grenzen einer Erweiterung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Das „Zeitgespräch“ ist der möglichen Erweiterung oder Modifikation des Sozialprodukts und damit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) gewidmet. Solche Ansätze ändern Aufgabe und Aussagefähigkeit der VGR, die man sich daher vor Augen halten muß.

Die VGR in ihren verschiedenen Zweigen erfaßt für einen Wirtschaftsraum und einen bestimmten Zeitabschnitt die wirtschaftlichen Transaktionen und Kreditbeziehungen, die zwischen den Sektoren (im Sinne von Zusammenfassung von Wirtschaftssubjekten) stattfinden. Im Vordergrund der Anwendung der VGR steht das Bruttosozialprodukt

zu Marktpreisen (BSP), so wie es sich im Zeitablauf entwickelt und in seinen Komponenten verändert.

Konstitutiv für die Abgrenzung der VGR von anderen Erfassungsmethoden ist die ökonomische Transaktion im Sinne des „Übergangs eines Wirtschaftsobjekts von einem Wirtschaftssubjekt auf das andere“<sup>1</sup>. Diese Abgrenzung hat den Vorteil, der auch für die Entwicklung der VGR bestimmend war, daß die Vielzahl marktlicher Aktivitäten durch eine einzige Kennzahl und

<sup>1</sup> A. Stobbe: Volkswirtschaftliches Rechnungswesen, 7. Aufl., Berlin u. a. 1989, S. 390.

<sup>2</sup> E. Hölder in der öffentlichen Anhörung des Bundestagsausschusses für Wirtschaft am 10. 6. 1989 in Bonn.

ihre Komponenten in einer Weise zusammengefaßt werden konnte, die bestimmte wirtschaftspolitische Aussagen möglich machte. Die VGR beschreibt also im wesentlichen „den Zustand der Wirtschaft“<sup>2</sup> und soll eine Entscheidungsgrundlage für die Beeinflussung des Wirtschaftsprozesses sein.

Im Vordergrund der Betrachtung stehen zum einen die am Markt geschaffenen Einkommen. Ihre Entwicklung ist ein Indikator für die Entwicklung der Nachfrage (wenn man die Spartätigkeit berücksichtigt, die ebenfalls erfaßt wird) und insoweit auch mittelbar für Beschäftigung und Entwicklung der Arbeitsplätze. Diese Aufgabe ist bei einer Arbeits-

losigkeit von derzeit etwa 7% sicherlich nicht gering zu veranschlagen. Zum anderen wird mit dem BSP die Produktion von Gütern und Dienstleistungen (nach Abzug der Vorleistungen) erfaßt.

Die Arbeit an der VGR ist keineswegs abgeschlossen. Schon ohne daß man an eine erhebliche Modifikation der Aussagefähigkeit des Systems denkt, wie sie im folgenden zu erörtern ist, bleiben der VGR gewichtige Verbesserungsmöglichkeiten innerhalb des gegebenen Rahmens, beispielsweise durch Einbeziehung von marktanalogen Produktionen. Die Frage hier ist jedoch, ob ihr völlig neue Aufgaben zugeordnet werden sollen oder ob diese Aufgaben in einer gesonderten Rechnung und damit neben ihr erfüllt werden sollen. Da die Diskussion um eine Erweiterung der VGR in der Regel an den Umweltgütern ansetzt, steht dieser Aspekt hier im Vordergrund, wird aber dann um zusätzliche Bereiche erweitert.

### Überzeichnung des BSP?

Das hauptsächliche Argument für eine Korrektur der VGR-Ergebnisse und insbesondere des Bruttosozialprodukts unter Umweltaspekten wird darin gesehen, „daß Ausgaben zur Erhaltung oder Wiederherstellung der wünschenswerten Umweltqualität“ (vom BSP) abzuziehen seien und nur ein entsprechend reduzierter Wert („Nettowohlfahrtsprodukt“ oder ähnliches<sup>3</sup>) als Ausdruck der wirtschaftlichen Leistung verwendet werden sollte. Darin kommt der Gedanke zum Ausdruck, daß Umweltpolitik der Vermeidung oder Beseitigung unerwünschter Effekte diene, die ohne menschliche Aktivitäten nicht aufgetreten wä-

<sup>3</sup> H. C. Binswanger u. a.: Arbeit ohne Umweltzerstörung. Frankfurt 1983; C. Leipert: Sozialproduktkritik. Nettowohlfahrtsmessung und umweltbezogene Rechnungslegung, in: Zeitschrift für Umweltpolitik, Bd. 3, 1985, S. 281 ff.

ren<sup>4</sup>. Dahinter steht sicherlich auch die Vorstellung, daß das BSP in Politik und Medien ein Eigenleben führe, daß aber seine Bedeutung und insbesondere seine Zuwachsraten wegen der eigentlich abziehenden Umweltkosten überbetont sei und zu politischen Fehlurteilen führen müsse. Ähnliche Überlegungen werden auf andere „Kosten des Wachstums“ angewendet und führten zum Gedanken, „defensive“ Ausgaben wieder dem BSP gegenzurechnen<sup>5</sup>.

Der Wunsch nach einer Korrektur kann auch mit Blick auf die Knappheit von Ressourcen begründet werden. Wirtschaften bezieht sich auf knappe Güter, und dementsprechend enthält auch die VGR nur solche Güter. Einige von ihnen waren immer schon knapper als andere, wie Begriff und Preis der „Edel“-Metalle schon andeuten. Seit längerem sind auch die zuvor als freie Güter angesehenen Umweltgüter sichtlich knapp, weil die Regenerationsfähigkeit der Umweltmedien überfordert wird. Diese Umweltgüter werden nicht marktlich bewertet. Sie werden daher „staatlich bewirtschaftet“, so wie der Staat Rechtssicherheit und andere „öffentliche Güter“ bereitstellt oder bereitzustellen hilft. Man kennt also eine Vielzahl von knappen Ressourcen in der Volkswirtschaft, die, weil ihre Knappheit sich nicht in marktlichen Transaktionen ausdrückt, nicht mittels bewerteter Zu- und Abgänge in der VGR erscheinen<sup>6</sup>.

### Probleme einer Korrektur

Es scheint also einige Gründe zu geben, eine Korrektur des Sozialproduktbegriffs vorzunehmen. Doch wären damit zwei Probleme verbunden. Zum einen würde die

<sup>4</sup> Referierende Aussage in: Rat von Sachverständigen für Umweltfragen: Umweltgutachten 1987, Stuttgart und Mainz 1988, Tz. 211; zur Kritik des Rates siehe unten.

Verwendbarkeit des BSP für im engeren Sinne wirtschaftliche Fragestellungen gefährdet. Diesem Argument könnte mit der gleichzeitigen Fortschreibung des BSP, also mit einem doppelgleisigen System, begegnet werden. Zum anderen aber, und dies wiegt schwerer, müßte eine Erweiterung des BSP zu einem akzeptablen Wohlfahrtsindikator in einem konsistenten und damit sehr breiten Ansatz erfolgen.

Es ist nämlich schwierig zu begründen, warum nur einige wenige und nur wohlfahrtsmindernde Faktoren, insbesondere im Umweltbereich, berücksichtigt werden sollen. Die Tatsache, daß Umweltgüter knapp geworden sind, wäre allein kein Grund, die VGR um gerade sie (oder nur sie) zu erweitern. Knapp sind auch die Ressourcen der menschlichen Gesundheit, der Freizeit, der Arbeitszufriedenheit, des sozialen Wohlbefindens usw. Sie sind knapp in dem Sinne, daß die meisten Bürger dringend gern mehr hiervon hätten, und deshalb wendet die Politik sich diesen Bereichen zu, werden gesonderte „Berichte“ wie der Sozialbericht erstellt, usw. Die Dringlichkeit drückt sich unter anderem in Ausgaben aus, die auf die Erhaltung und Vermehrung solcher Ressourcen bezogen sind. Als Beispiel mögen die sprunghaft gestiegenen Gesundheitsausgaben als Ausdruck für gestiegene Wertschätzung dieser knappen Ressource dienen. Dennoch wird man nicht ernsthaft erwägen, Verringerungen oder Verbesserungen des Gesundheitsstandes der Bevölkerung als „Ressourcenverzehr oder -schaffung“ der VGR einzufügen,

<sup>5</sup> C. Leipert: Folgekosten des Wirtschaftsprozesses und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, II-report 87-22, Berlin 1987.

<sup>6</sup> Ähnlich kann man für die Bestände vieler nicht-erneuerbarer Ressourcen argumentieren, die man im übrigen zweckmäßigerweise von den Umweltgütern (reine Luft, sauberes Wasser usw.) trennt.

obwohl sie zusammen mit den anderen angedeuteten Bereichen die menschliche Wohlfahrt noch stärker bestimmen als Umweltgüter. Vielmehr begnügt man sich damit, die Gesundheitsausgaben zu berücksichtigen, da sie dem Erkenntniszweck der VGR entsprechen.

### Weise Selbstbeschränkung

Das BSP war in diesem Sinne selbstverständlich immer einseitig. Die „Mühen der Akkordarbeit“, die vielleicht durch den höheren Lohn nicht voll ausgeglichen waren, sind nie abgezogen worden. Aber auch die erfreulichen Zusatzeffekte eines höheren Outputs, z. B. der durch Gesundheitsausgaben erreichbare höhere Gesundheitsstand, der vermehrte Freizeitnutzen in neuerer Zeit oder die „Befreiung von stupider Arbeit“ durch Automaten sind nie durch positive Korrekturen berücksichtigt worden. Im BSP ist eben vorwiegend nur enthalten, was durch den Markt bewertet wird, wenn man von einigen marktanalogen Vorgängen wie den öffentlich bereitgestellten Gütern einmal abieht.

Versuche in Richtung eines umfassenden Wohlstandsmaßes hat die Soziale-Indikatoren-Forschung gemacht. Sie hat in zahlreichen einzelnen Lebensbereichen einen Erkenntnisfortschritt gebracht. Das Ziel des einen übergreifenden Indikators wurde aber nicht erreicht und konnte auch nicht erreicht werden. Nun soll an einem Rechenwerk wie der VGR angeknüpft werden, das über viele partielle Quantifizierungen und im übrigen durch weise

Selbstbeschränkung zum wirtschaftsbezogenen Gesamtindikator des BSP gelangt ist. Wenn diesem Rechenwerk doch wieder die Funktion des übergreifenden Wohlstandsmaßes, wiewohl nur schrittweise, aufgebürdet werden soll, so müssen die alten Fragen der Konsistenz und Vollständigkeit eines solchen Vorgehens wieder aufleben. Wie viele Facetten von negativen „regrettables“, aber auch von positiven „expand measures of investment“, die erhöhend wirken<sup>7</sup>, in einem Verfahren mit umfassendem Anspruch zu berücksichtigen wären, zeigt eine neuere Überblicksarbeit über die zahlreichen Studien zu diesem Bereich, von denen jede – als wissenschaftliche Forschungsarbeit zu Recht – nur einige Teilaspekte genauer herausarbeitet<sup>8</sup>.

### Erfassung von Umweltbeeinträchtigungen

Die bisherigen Ausführungen könnten den Eindruck erwecken, als ob nur das BSP zähle und eine adäquate, vielleicht gleich umfangreiche Erfassung der mit den Umweltbeeinträchtigungen und ihrer Beseitigung einhergehenden Kosten – monetäre wie nicht-monetäre – heruntergespielt werden sollte. Das Gegenteil ist der Fall. Kenntnis vieler Umweltgefahren, Besorgnis über ihr Zunehmen und politische Aktivität in dieser Richtung liegen, wenn man von einigen Aktivitäten wie denen der Gewerbeaufsichtsämter einmal absieht, keine 20 Jahre zurück<sup>9</sup>. Es ist unvermeidlich, daß der Kenntnisstand in einem solchen neuen und gleichwohl sehr großen Politikbereich sowohl unter dem Aspekt der statistischen, aber

auch der ökonomischen Erfassung von Problemen hinter anderen Bereichen herhinkt. Daß Aufgabengebiete wie Gesundheitswesen, Arbeitsmarkt (und insbesondere Arbeitslosigkeit), Arbeitsschutz usw. in der Kenntnis der Zusammenhänge und der statistischen Erfassung sehr viel weiter fortgeschritten sind, darf angesichts dieses time-lags des Problemdrucks nicht verwundern. Das bedeutet zugleich, daß hier gewaltige Anstrengungen gemacht werden müssen, um die Lücken zu füllen. Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen hat daher ausdrücklich „begrüßt, daß die deutsche umweltökonomische Forschung auf dem Gebiet der quantitativen Schätzung von Umweltschäden sehr interessante Arbeiten vorgelegt und den Anschluß an die anglo-amerikanische Forschung gefunden hat“ und daß die Bundesregierung ihre Mittelansätze für solche Forschungen erhöht hat<sup>10</sup>.

Die Frage ist hier lediglich, ob die Ergebnisse solcher vorliegenden und erst noch zu erarbeitenden Rechnungen dazu führen sollen, die Ergebnisse der VGR zu modifizieren und insbesondere das BSP zu korrigieren. Diesem Bemühen gegenüber hat sich der Rat sehr skeptisch gezeigt<sup>11</sup>:

□ Gegen eine solche Modifikation bzw. Integration der beiden Rechen-systeme sprechen zunächst die erwähnten Abgrenzungsschwierigkeiten, etwa weil auch verhaltensbedingte Krankheiten und ihre Kosten die „Nettowohlfahrt“ tangieren. Weitere Probleme bei der Quantifizierung der Höhe und vor allem des umweltbedingten Anteils beobachteter Schäden führten unter anderem Simon Kuznets, Begründer dieser Denkrichtung von der Einbeziehung der Umweltschäden, dazu, von diesen Bemühungen Abstand zu nehmen<sup>12</sup>.

<sup>7</sup> Diese müßten als eine Art „offensiver“ Posten den „defensiven“ gegenübergestellt werden.

<sup>8</sup> R. Eisner: Extended Accounts for National Income and Product, in: Journal of Economic Literature, Bd. XXVI, 1988, S. 1611-1684, etwa Tabelle S. 1, wo die Schwerpunkte der Studien sichtbar werden.

<sup>9</sup> Als Ausgangspunkt wird oft das Umweltprogramm 1971 der damaligen Bundesregierung gewertet. Auch der Begriff Umwelt ist nur wenige Jahre älter.

<sup>10</sup> Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, a. a. O., Tz. 226 und 227.

<sup>11</sup> Ebenda, Tz. 211.

□ Zum anderen besteht dann die Gefahr, daß das Sozialprodukt seine Aussagefähigkeit für im engeren Sinne wirtschaftliche Vorgänge verliert. Es soll eben die Reaktion auf konjunkturelle und wachstumpolitische Instrumente wiedergeben. Wenn aber der Beseitigungsaufwand für die Umweltschäden abgezogen würde, würden auch die positiven Einkommenseffekte der entsprechenden Maßnahmen und deren Wirkung auf die Beschäftigung verschwinden, auf die zu Recht immer wieder hingewiesen wird. Wenn das BSP wirtschaftliche Leistungsfähigkeit im Sinne von Einkommensschaffung wiedergeben soll, müssen auch alle Einkommenseffekte positiv erscheinen.

□ Eine Änderung der Sozialproduktsbegriffe würde überdies zweifellos die internationale Vergleichbarkeit der Ergebnisse der VGR erschweren. Die Vergleichbarkeit bliebe nur dann erhalten, wenn alle anderen Länder unsere Sicht und Gewichtung der Umweltprobleme und unsere Bewertungsmaßstäbe übernehmen und in der gleichen methodischen Weise umsetzen<sup>13</sup>.

### Das Beispiel der EG-Beiträge

Die beiden zuletzt genannten Argumente, den Ausdruck der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und die Notwendigkeit des internationalen Vergleichs, kann man zusammengefaßt in ihrer Bedeutung für die eigenständige VGR an einem Beispiel verdeutlichen. Seit dem Beschluß des Ministerrates vom 24. 6. 1988 greift die EG bei der Bemessung der von den Mitgliedsländern abzuführenden Haushaltsbeträge auf das BSP zu Marktpreisen als Korrekturgröße zurück, um die mehrwertsteuerähnlichen Zahlungen zu korrigieren.

In dieser Situation wäre natürlich ein nur in der Bundesrepublik unter

Umweltaspekten reduzierter BSP-Wert schon aus Gründen der internationalen Vergleichbarkeit und der Fairneß bei der Einnahmeerzielung nicht zulässig. Nimmt man aber einmal an, die EG würde insgesamt die BSP-Werte nach den in der Bundesrepublik Deutschland geäußerten Vorstellungen korrigieren lassen<sup>14</sup>, so hätte dies einen eigenartigen Effekt. Länder wie die Bundesrepublik Deutschland, die sicherlich durch sehr starke Umweltschäden bzw. durch Kosten zur Vermeidung oder Beseitigung dieser Schäden gekennzeichnet sind und (überdies auch wegen ihres hohen Verbrauchs an natürlichen Ressourcen) eine erhebliche entsprechende Korrektur durchzuführen hätten, würde im Endeffekt dann im Maße, wie die Korrektur das BSP senkt, an die EG vergleichsweise deutlich weniger abführen!

Auch wenn eine solche Korrektur in der Realität wohl kaum je erfolgen dürfte, wird an diesem Beispiel doch deutlich, daß das BSP als Ausdruck für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eben seine eigene Logik und politische Bedeutung hat<sup>15</sup>. Es ist eben nicht ein Ausdruck für die Wohlfahrt oder Lebensqualität in einem Land, sondern enthält nur wichtige Elemente hiervon (wie sich im Vergleich etwa mit Entwicklungsländern zeigt).

### Beide Systeme getrennt entwickeln

Aus diesen Überlegungen ist die Folgerung zu ziehen, daß die beiden Systeme nebeneinander fortentwickelt werden sollten. Dabei sollten die jeweiligen Definitionen

<sup>12</sup> Nach C. Leipert: Sozialproduktkritik, Nettowohlfahrtsmessung und umweltbezogene Rechnungslegung, a. a. O., S. 286.

<sup>13</sup> H. Zimmermann: Schriftliche Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Bundestagsausschusses für Wirtschaft am 10. 5. 89 in Bonn, erscheint in: Zeitschrift für angewandte Umweltpolitik.

so gewählt werden, daß die Teilelemente wechselseitig zueinander passen. Eine Integration im Wege eines korrigierten Sozialproduktbegriffs sollte man nicht anstreben, denn sonst könnte aus zwei guten Sachen eine schlechte entstehen.

Innerhalb des Umweltberichtssystems ist dann zu überlegen, ob die Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen auch zur „Umwelt“ gezählt oder getrennt erfaßt werden soll. Es empfiehlt sich, sie getrennt zu halten, weil sonst der Umweltbegriff verschwimmt, denn problematische und unproblematische knappe Ressourcen (unter dem Aspekt der Emissionen) würden gleich behandelt.

In den einzelnen Elementen aufeinander abgestimmt sollten die beiden Berichtssysteme schon deshalb sein, weil es viele Fragestellungen gibt, bei denen zueinander passende Definitionen notwendig sind. Ein Beispiel ist die längst fällige Erfassung der Emittentenstruktur in der Bundesrepublik Deutschland. Es geht dabei darum, die verschiedenen Arten von Emissionen den Emittenten, die nach Wirtschaftsbereichen der amtlichen Statistik aufzugliedern wären, zuzuordnen. Dann könnten beispielsweise Aussagen zur sektoralen Wirtschaftsentwicklung in Emissionsaussagen transformiert und beobachtete Emissionsminderungen den Wirtschaftsbereichen mit hohen Vermeidungsanstrengungen zugerechnet werden<sup>16</sup>.

<sup>14</sup> Die „Richtlinie des Rates vom 13. 2. 1989 zur Harmonisierung der Erfassung des Brutto-sozialprodukts zu Marktpreisen“ (Amtsblatt der EG vom 21. 2. 1989) sieht dies nicht vor.

<sup>15</sup> Daß auch diese Funktion überstrapaziert werden kann, wenn das BSP „als eine Art nationale Steuererklärung“ fungieren soll, steht auf einem anderen Blatt (Zitat aus H. Lützel: Bruttosozialprodukt als nationale Steuererklärung, als Manuskript vervielfältigt, Wiesbaden, 21. 8. 1989).

<sup>16</sup> Zu den Details siehe Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, a. a. O., Tz. 246-333.